

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

1. Sitzung
6. Februar 2017

Beginn: 11.35 Uhr
Schluss: 11.55 Uhr
Vorsitz: Marion Platta (LINKE) bis TOP 2 a,
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) ab TOP 2 b

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Marion Platta (LINKE) eröffnet als ältestes Mitglied des Ausschusses die Sitzung und übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Konstituierung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

Amtierende Vorsitzende Marion Platta ruft die Namen der Ausschussmitglieder auf und stellt nach Verlesung der von den Fraktionen benannten Mitglieder fest, dass sich der Ausschuss konstituiert habe.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl

- a) der/des Vorsitzenden
- b) der/des stellvertretenden Vorsitzenden
- c) der Schriftführerin/des Schriftführers
- d) der stellvertretenden Schriftführerin/des stellvertretenden Schriftführers

Der **Ausschuss** wählt auf Vorschlag der jeweils vorschlagsberechtigten Fraktionen Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) zur Vorsitzenden, Marion Platta (LINKE) zur stellvertre-

tenden Vorsitzenden, Jeannette Auricht (AfD) zur Schriftführerin und Dr. Clara West (SPD) zur stellvertretenden Schriftführerin.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld bittet Staatssekretärin Chebli um eine kurze Vorstellung ihrer Person.

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) erklärt, sie sei Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund sowie Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales. Neben den Erfahrungen der Senatskanzlei sei auch die Expertise anderer Verwaltungen bei der von allen als sehr wichtig empfundenen Thematik Bürgerschaftliches Engagement gefragt; man stehe hierzu in Gespräch miteinander. Sie verschaffe sich derzeit einen Überblick, welche Bereiche bei der Senatskanzlei, welche z. B. bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz oder der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales angesiedelt seien. Alle involvierten Verwaltungen hielten es für wesentlich, dass diese Querschnittsaufgabe gesamtstädtisch koordiniert werde; laut Koalitionsvertrag obliege der Senatskanzlei diese Funktion. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verfahrensregeln des Ausschusses

Ülker Radziwill (SPD) verweist auf den von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungsantrag zum Entwurf der Verfahrensregeln des Ausschusses, wonach die Regelung „1. Sitzungstermin“ dadurch erweitert werden solle, dass der Ausschuss zusätzlich Engagierte vor Ort besuche. Die auswärtigen Informationsbesuche sollten mindestens alle zwei Monate um 17 Uhr stattfinden. Die Fraktionen sollten dabei mit mindestens je einer/einem Abgeordneten vertreten sein. Um den Wünschen der Verwaltung des Abgeordnetenhauses gerecht zu werden, verzichte man auf die Erstellung eines Wortprotokolls.

Derlei Vororttermine hätten sich in der letzten Legislaturperiode bewährt. Für viele ehrenamtlich Engagierte sei es zudem problematisch, den vormittäglichen Ausschusstermin wahrzunehmen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) erkundigt sich, wem das Vorschlagsrecht zum Besuch der Engagierten vor Ort obliegen solle.

Ülker Radziwill (SPD) erwidert, wie in der letzten Legislaturperiode sollten die Sprecher/-innen der Fraktionen Vorschläge erarbeiten und über diese entscheiden, entweder durch gemeinsame Festlegung oder Abstimmung.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu. Er beschließt die so geänderten Verfahrensregeln des Ausschusses. Näheres – siehe Beschlussprotokoll. Er folgt dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden, über den Terminplan 2017 in der nächsten Sitzung am 13. März 2017 zu entscheiden.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.